

# Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt  
Illustrierter Familien-Zeitung  
und illustriertem Witzblatt U&K

Er erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Anhalt 2 Pfg. wöchentlich, M. 2.00 monatlich. Abonnementspreis bei Postbezug: monatlich M. 2.25 und vierteljährlich M. 6.75. Zustellungspreis die Zeile M. 1.00 mit 20 W. 25 Pfg. Zuschlag, für Sonntagsgabe und Gewinne M. 1.50 mit 20 W. Zuschlag. Familien-Anzeigen für Abonnenten M. 1.— die Zeile; Kleinanzeigen: das Wort 40 Pfg. das festgedruckte Wort 75 Pfg. mit 50 W. Zuschlag.— Abonnements-Anzeigen nehmen auch dienstehebend aufgeführten Filialen entgegen. — Gedruckt u. Haupt-Exp.: W. Jorjanssenstr. 46-48, Tel. Zentrum Nr. 10131-10144; f. A. Fernruf. Nr. 14077-14100. Chefredakteur: Otto Nuschke.

Filialen: Merzlag, Koenigsche Str. 47-48, Wilmersd. Str. 1-1, Frankl. Allee 60, Frankl. Allee 246, Gr. Frankl. Str. 101, Gr. Frankl. Str. 107, Schöha. Allee 84, Goltzstr. 4, Gr. S. Vossstr. 61, Poststr. 33, Lohndamm Str. 99, Gumboldtstr. 41, Gumboldtstr. 10, Gumboldtstr. 11, Gumboldtstr. 12, Gumboldtstr. 13, Gumboldtstr. 14, Gumboldtstr. 15, Gumboldtstr. 16, Gumboldtstr. 17, Gumboldtstr. 18, Gumboldtstr. 19, Gumboldtstr. 20, Gumboldtstr. 21, Gumboldtstr. 22, Gumboldtstr. 23, Gumboldtstr. 24, Gumboldtstr. 25, Gumboldtstr. 26, Gumboldtstr. 27, Gumboldtstr. 28, Gumboldtstr. 29, Gumboldtstr. 30, Gumboldtstr. 31, Gumboldtstr. 32, Gumboldtstr. 33, Gumboldtstr. 34, Gumboldtstr. 35, Gumboldtstr. 36, Gumboldtstr. 37, Gumboldtstr. 38, Gumboldtstr. 39, Gumboldtstr. 40, Gumboldtstr. 41, Gumboldtstr. 42, Gumboldtstr. 43, Gumboldtstr. 44, Gumboldtstr. 45, Gumboldtstr. 46, Gumboldtstr. 47, Gumboldtstr. 48, Gumboldtstr. 49, Gumboldtstr. 50, Gumboldtstr. 51, Gumboldtstr. 52, Gumboldtstr. 53, Gumboldtstr. 54, Gumboldtstr. 55, Gumboldtstr. 56, Gumboldtstr. 57, Gumboldtstr. 58, Gumboldtstr. 59, Gumboldtstr. 60, Gumboldtstr. 61, Gumboldtstr. 62, Gumboldtstr. 63, Gumboldtstr. 64, Gumboldtstr. 65, Gumboldtstr. 66, Gumboldtstr. 67, Gumboldtstr. 68, Gumboldtstr. 69, Gumboldtstr. 70, Gumboldtstr. 71, Gumboldtstr. 72, Gumboldtstr. 73, Gumboldtstr. 74, Gumboldtstr. 75, Gumboldtstr. 76, Gumboldtstr. 77, Gumboldtstr. 78, Gumboldtstr. 79, Gumboldtstr. 80, Gumboldtstr. 81, Gumboldtstr. 82, Gumboldtstr. 83, Gumboldtstr. 84, Gumboldtstr. 85, Gumboldtstr. 86, Gumboldtstr. 87, Gumboldtstr. 88, Gumboldtstr. 89, Gumboldtstr. 90, Gumboldtstr. 91, Gumboldtstr. 92, Gumboldtstr. 93, Gumboldtstr. 94, Gumboldtstr. 95, Gumboldtstr. 96, Gumboldtstr. 97, Gumboldtstr. 98, Gumboldtstr. 99, Gumboldtstr. 100.

## Die größte Gefahr.

von Erich Kabeletz.

Der fiebern misglückte Plan der Radikalen, über Groß-Berlin erneut die Arbeiterbewegung zu verhängen, ist ein gefährliches Experiment, das die Frage nach den Motiven der Streitmächtig auf neue in den Vordergrund gerückt. Der in seiner Bedeutung für die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in der breiten Öffentlichkeit viel zu wenig beachtete Stuttgarter Metallarbeiterkongress und sein Ergebnis werden darum hier zu Ausgangspunkten eines Artikels gemacht, der die politischen Zusammenhänge der Unstabilität aufzeigt.

### Die Reaktion.

In der deutschen Arbeiterbewegung sind sich die Wortführer der rechten und der linken Seite darin einig, daß eine Spaltung der freigewerkschaftlichen Organisation für die deutsche Arbeiterklasse noch weit verhängnisvoller sein würde als die bereits vollzogene Spaltung der Sozialdemokratie.

Die freien Gewerkschaften haben in diesen Jahren die schwerste Kampftage überstanden. Trotz der heftigsten politischen Meinungsstöße auf den verschiedenen Verbandstagen und auf dem Münchener Gewerkschaftskongress ist die Geschlossenheit der Organisation aufrechterhalten worden. Leider ist diese Geschlossenheit nur äußerlich vorhanden, die Gegensätze innerhalb der Gewerkschaften sind dagegen nicht überbrückt, sondern noch vertieft worden.

Die Gefahr einer Spaltung ist besonders nahegerückt worden durch den Versuch der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart. Auf diesem Verbandstag hat die vorwiegend aus Mitgliedern der U. & P. bestehende Opposition gegen die alte Generalversammlung gestimmt und die Mehrheit der Vorstandsstellen besetzt. Das ist auch in anderen Verbänden geschehen; von entscheidender Bedeutung ist aber die Tatsache, daß die neue Leitung des Metallarbeiterverbandes, der fast ein Viertel aller freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter umfaßt, ihre Arbeit mit einem Programm übernimmt, das dem Programm des Generalvereins in Stuttgart diametral entgegengesetzt ist.

Die Generalversammlung der Metallarbeiter in Stuttgart ist mit anderen gewerkschaftlichen Tagungen nicht auf eine Stufe zu stellen. Es war weniger ein Verbandstag als ein Parteitag, den die organisatorisch gespaltenen Richtungen der Sozialdemokratie gemeinsam abhielten. Aber man soll sich hüten, die dort geführten politischen Auseinandersetzungen damit abzutun, daß sie eigentlich nicht zur Sache gehörten. Gewiß wurde viel leeres Stroh gebrosen und wüßlosen Streit über die Frage der Kriegsschuld und Kreditbewilligung; was aber über die Zusammenhänge zwischen Politik und Gewerkschaft gesagt wurde, das war notwendig, und es diente den Klassen den Gegenüber U. & P. und A. P. D. auch in gewerkschaftlichen Kreisen auf, als das auf dem Münchener Gewerkschaftskongress geschehen ist.

Dabei muß erörtert werden, daß es der linke Flügel der U. & P. die Richtung Richard Müller-Däumig ist, die jetzt den Deutschen Metallarbeiterverband mit seinen 1 1/2 Millionen Mitgliedern beherrscht, eine Richtung, die Kampf und Silberling als Führer ablehnt. Däumig, der neue Verbandsvorsitzende, formuliert den Gegensatz etwa so:

„Ich von rechts will mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften zunächst die zusammengebrochene deutsche Wirtschaft wieder aufbauen, um dann allmählich den Kapitalismus durch den Sozialismus zu ersetzen. Ich sage: Die Sozialisierung einer zusammengebrochenen Wirtschaft würde die Arbeiterkraft zum Konkurrenzverfall des Kapitalismus machen.“

Wir dagegen sagen: Der von euch erstrebte Wiederaufbau der Wirtschaft würde (zumal bei dem mit den Kapitalisten in den Arbeitsgemeinschaften zusammenarbeiteten) den jetzt am Boden liegenden Kapitalismus wieder fest in den Sattel setzen. So der Kapitalismus aber erst wieder seine frühere Machtposition, dann läßt er sich daraus nicht mehr verdrängen und die Revolution war unvollständig. Darum arbeiten wir nicht mit an diesem Aufbau, sondern wollen die Gewerkschaft zu einer politischen Kampforganisation machen, die mit dem wirtschaftlichen Kampfmittel des Streiks den Wiederaufbau der kapitalistischen Produktionsweise verhindert.“

Richard Müller führte denselben Gedanken weiter und es steht in den allenthalben aufkommenden Streiks schon der Klassenkampf, der — ungewollt unterstützt durch eine formulierte Staatsbürokratie — vielleicht schon in dem bevorstehenden Winter die kapitalistische Produktionsweise (also die ganze deutsche Industrie) vollständig zugrunde gerichtet haben wird. Zielien Zusammenbruch der Wirtschaft

## Die Forderungen der Ententeote.

Verhandlungen der Reichsregierung mit den Ressorts. — Zusammentritt des Kabinetts wahrscheinlich morgen.

Die von offizieller Seite mitgeteilt wird, hat sich das Kabinett mit der neuen Note des Verbandes wegen der Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen noch nicht beschäftigt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt dazu:

„Da die Annahme der einzelnen von Verband aus aufgestellten Bedingungen die einschneidende Bedeutung für das Wirtschaftsleben haben werden, so muß die Reichsregierung noch Beratungen mit den zuständigen Ressorts sowie mit den staatlichen und privaten Sachverständigen pflegen. Besonders kommen solche der Marine und der Reichswehr in Betracht. Die angeordnete Veretflichtung erscheint naturgemäß diese Beratungen. Es kann aber, wie wir weiter vernehmen, als wahrscheinlich gelten, daß das Kabinett am Sonnabend zusammentritt.“

Beim Auswärtigen Amt ist inzwischen bereits ein dringlicher Einspruch des Reichsausschusses Rawagki-Gowandt gegen die schiffbaumateriellen Forderungen der Alliierten eingelaufen. Der Protest hat folgenden Wortlaut:

„Laut Pressenote wird von den Alliierten die Auslieferung von 400 000 Tonnen Schiffbauholz als Ersatz für verlorene Kriegs-

schiffe verlangt. Jede Auslieferung von Schiffbauholz aus dem Reich der Deutschen würde die letzte Möglichkeit vernichten, eine regelmäßige Arbeit, wenn auch beschränkter Umfang, im Schiffbau aufrechtzuerhalten. Bei dem bekannten Mangel an Schiffbauholz ist die Arbeit an den Reparaturen derzeit die einzige Möglichkeit, welche Arbeitseinstellungen zu verhindern. Wir erhitzen daher dringend die unbedingte Ablehnung dieser Forderung des Verbandes, soweit Entschlüsse aus der Arbeiterindustrie in Frage kommen, und verweisen namens der Schiffbauindustrie und ihrer Arbeiterschaft auf die unabweislich wichtige Wirkung eines etwaigen Nachgebens in diesem Punkt.“

Abgesehen davon, daß es nicht zu dem rein sachlichen Aufgaben des Ressorts gehört, der Reichsregierung die politische Martroute vorzugeben, ist es selbstverständlich, daß die Alliierten über die ungeheure Tragweite und eventuelle Innerlichkeits ihrer Forderungen nachdrücklich aufgeklärt werden müssen. Wenn die Entente unseren Darstellungen keinen Glauben schenken sollte, dann wäre sie auf Grund des Verfalls der Vertrags in der Lage, sich durch eine eigene Prüfung der deutschen Verhältnisse von unserer Ohnmacht zu überzeugen.

will er beschleunigen dadurch, daß die bestehenden Verbände der Arbeiter sich zu großen Industrieverbänden zusammenschließen, die den Kampf auf breiterer Grundlage führen können. Die Industrieverbände sollen zugleich ein Mittelglied entwickeln, das nach dem Bannort der kapitalistischen Wirtschaft die Produktion selbst übernehmen kann. Die Angestellten, die Arbeiter mit den Handarbeitern der Industrie gemeinsam organisieren will, sollen bei der Übernahme der sozialistischen Produktionsweise den ausgefallenen Unternehmer ersetzen.

Das sind durchaus kommunistische Gedankengänge. Darüber sind sich auch Müller und Dismann klar. Sie wenden sich auch nicht gegen die kommunistischen Ziele, sondern nur gegen das von vielen Kommunisten propagierte eigentlich hindukistische Mittel der Betriebsorganisation zur Erreichung dieser Ziele.

Was Müller und Dismann wollen, hat der Stuttgarter Verbandstag durch die Annahme von zwei Resolutionen zum Programm des Metallarbeiterverbandes gemacht, und es hat die Verwalter der Resolutionen durch die Wahl in die Verbandleitung zur Durchführung ihres Programms ermächtigt und beauftragt.

Seien wir uns klar darüber, welche Folgen der neue Kurs in der größten deutschen Arbeiterorganisation für die Volksgemeinschaft haben wird. Die große Mehrheit der Bevölkerung weiß, daß das über das Kriegsende hinaus verlängerte Kriegsende erst ausführen kann mit dem Wiederaufbau unserer zerstörten Wirtschaft. Alle Kräfte in der Regierung und auch in der Leitung des Gewerkschaftsbundes arbeiten an diesem Wiederaufbau. Die größte deutsche Gewerkschaft aber will ihn hindern, und niemand kann daran zweifeln, daß sie die Macht dazu hat, wenn ihre Mitglieder der neuen Leitung Gehorsam leisten. Will der neue Verbandsvorstand der Metallarbeiter sein Programm verwirklichen, so muß jeder größere Streik in der Metallindustrie zum politischen Streik werden. Nicht in dem Sinne, daß er für bestimmte politische Forderungen geführt wird; aber er wird auch nicht geführt, um den Streikenden bestimmte wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen, sondern um die Produktivität ihrer Entwicklung zu lähmen und schließlich ganz zu ruinieren. Die Forderungen müssen schließlich unerfüllbar sein; denn sie sollen ja dem Unternehmer die ganze Produktion verleben und unmöglich machen. Der Kapitalist soll den Krampf hinwerfen und die weitere Produktion den Händen nach Müllers System überlassen.

Das ist katastrophalpolitisch von einer Art, wie sie kaum, bisher und noch weit radikaler früher der U. & P. abzuholen. Das unter ganzem Volk bei der geplanten Zerstörung unserer Wirtschaft im tiefsten Glauben verankert, kann auch Müller und Dismann nicht zweifeln sein. Wollen wir, im Gegensatz zu den radikalsten sozialistischen Theoretikern, selbst mit Müller-Dismann, unterstellen, daß die Räte der geplanten Industrierverbände die vom kapitalistischen Unternehmer ausgehende Produktion sofort übernehmen könnten, so wäre unser Volk bis dahin schon verhungert. Das Schlimmste ist nämlich, daß in Müllers Programm die Arbeitseinstellung das Mittel sein soll, das den kapitalistischen Unternehmer aus dem Betriebe verdrängt. Nun weiß aber jeder Kind, daß der durch Kriegsgewinne gestärkte Unternehmer heute den Stillstand seines Betriebes viel länger aushalten kann als das Proletariat und die Masse der Bevölkerung, die auf seine Produkte angewiesen ist. Der jüngste Berliner Metallarbeiterstreik hat das erst wieder erwiesen. Wenn die Regierung als Vertreterin der Allgemeinheit nicht die organisierten Unternehmer dem Entgegenkommen zwingt, die Arbeiterorganisa-

tionen können es durch wirtschaftliche Streiks nie erreichen. Es geht nur, ganz der Kampf, wenn Gewerkschaften die Unternehmer, daß die Streikenden ihm den Betrieb abnehmen wollen, dann wird er es dem aufkommen lassen, wer's länger aushält. Er kann auch bei stillgelegtem Betrieb von seinem Kapital leben, aber die Verbände werden durch monatliche Kämpfe geleert und nebenher geht die deutsche Republik dabei auf. Wirtschaftliche Streiks nach dem Programm Müller-Dismann können ihren Zweck heute nicht mehr auf die befristeten Unternehmen, sondern nur auf die Regierung ausüben, die das dadurch gefährdete Leben des Volkes zu schützen hat. Dann sollte man aber auch konsequent und klar aussprechen: Wir wollen die Hand- und Kopfarbeiter der gesamten Industrie zu einer politischen Kampforganisation zusammenschließen, die durch die Androhung des politischen Waffenstreiks die Regierung zwingt, die Unternehmer der Industrie zu expropriieren und die Leitung der Produktion unseren eigenen Organen zu übertragen!

Das ist in Wirklichkeit das Ziel der neuen Leitung des Metallarbeiterverbandes. Die Gewerkschaft verliert damit den Charakter, den sie bisher gehabt hat, und verliert in der Richtung des Gewerkschaftsbundes festgelegt ist. Sie wird zu einer politischen Kampforganisation, als was sie in den Jugendjahren der Sozialdemokratie auch gedacht war. Müller und Dismann machen daraus kein Hehl, aber die Masse der Mitglieder hat das wohl kaum erkannt!

Würde tatsächlich die große Mehrheit der deutschen Arbeiter den Programm Müller-Dismann zustimmen, so wäre gegen den Metallarbeiterverband, dem demokratischen Standpunkt aus nicht einzuwenden. Tatsächlich hat aber selbst auf dem Metallarbeiterverbandstag eine starke Minderheit dagegen gestimmt. Die Haltung der Gesamtmitgliedschaft des Metallarbeiterverbandes ist durchaus zweifelhaft; denn an den Delegiertenwahlen zu diesem hochwichtigen Verbandstag, dessen Entscheidung die Entwicklung der ganzen deutschen Arbeiterbewegung, ja, der ganzen inneren Politik Deutschlands beeinflussen kann, haben sich — jämmerlich genug — noch nicht zehn Prozent der Mitglieder beteiligt!

Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß für die Leitung der größten deutschen Arbeiterorganisation die Parole gilt: Nicht Wiederaufbau, sondern völlige Zerstörung der geschwächten deutschen Wirtschaft! Erst auf ihren Trümmern soll das Neue aufgebaut werden. Ratz Peter sprach an dieser Stelle von dem „Gedankenspielen“ der Arbeiterbewegung. Wollen die deutschen Arbeiter das neue Kriegsende auf sich nehmen, das mit der Strategie solcher Führer untrennbar verbunden ist? Wollen sie das neue Stuttgarter Programm revidieren oder wollen sie es darauf ankommen lassen, daß über kurz oder lang auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich in Gruppen spaltet, deren Kampf gegeneinander nicht nur die deutsche Arbeiterbewegung, sondern die Volksgemeinschaft schädigen muß? Für die Reaktion ist bei solchen Kämpfen der Schaden Drittel!

Von neuesten Delegierten zum Metallarbeiters-Verbandstags, die auf dem Boden der bisherigen Gedanken politisch stehen und numerisch im Übermaß in den Verbänden gebildet, dem Streikendenheit der Gewerkschaften wie uns mitgeteilt wird, ein Zutritt zu dem ist nicht.

Zahlreiche schriftliche und mündliche Äußerungen aus dem Reich der Kollegenheit bringen heute schon den schärfsten Hinweis über die in Stuttgart gefassten Entscheidungen zum





